



Ansprechpartner/in Antonia Lütkenhaus
Telefon 0281 33832 22
Telefax /
E-Mail antonia.luetkenhaus@wald-und-holz.nrw.de

Datum 14.08.2025
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)
2025-0011810

Öffentliche Bekanntgabe

des Ergebnisses der **standortbezogenen** Vorprüfung mit der Feststellung,
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.

Die Feststellung trifft das **Regionalforstamt Niederrhein** auf Antrag zur Neuanlage von Wald (Erstaufforstung) nach § 41 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

Antrag auf Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

in der Gemeinde: Dormagen
Kreis: Rhein-Kreis Neuss
Gemarkung: Gohr

Flur/e: 11
Flurstück/e: 199
mit einer Größe von: 17.350 m²

zur Änderung der Nutzungsart in: **Wald**

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur **standortbezogenen** Vorprüfung zu entnehmen:

Die Erstaufforstungsfläche liegt im LSG „Niederterrasse mit landwirtschaftlichen Niederungsbereichen“ (kein Erstaufforstungsverbot) sowie im Wasserschutzgebiet „Mühlenbusch“. Für letzteres ist lediglich die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen, eine negative Stellungnahme zur Erstaufforstung erfolgte nicht. Auf wassergefährdende Initialdüngung wird bei Erstaufforstungen grundsätzlich verzichtet.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez.

Lütkenhaus